

# Vielfalt, Offenheit, Gerechtigkeit

Die Hessen wählen am 28. Oktober einen **neuen Landtag**. Der Diözesan-Caritasverband und die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen stellen **Forderungen an die Politik**. Jürgen Hartmann-Lichter äußert sich dazu.

*Der Diözesancaritasverband und die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen setzen sich für eine pluralistische, offene und demokratische Gesellschaft ein. Was heißt das?*

In den Einrichtungen und Diensten der Caritas sind alle Menschen willkommen. Wir machen keinen Unterschied zwischen Geschlecht, Herkunft, gesellschaftlicher Stellung und Glauben. Caritas ist Kirche mitten im Leben und die Antwort auf das Gebot Jesu: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“

*Zu den Landtagswahlen zählen auch Themen wie Rechtspopulismus, Rassismus, Sexismus und Antisemitismus. Welche Haltung nehmen Sie ein?*

Gegenwärtig befasst sich die Gesellschaft intensiv mit den verschiedensten Formen von Populismus und Rechtsextremismus. Mit dem Aufstieg der „Neuen Rechten“, die in unterschiedlicher Gestalt und Form die Grundpfeiler westlicher Demokratie in Frage stellt, ist es erforderlich, sich eindeutig in unserer Zivilgesellschaft zu einer pluralistischen, offenen und demokratischen Gesellschaft zu bekennen, denn „die Würde des Menschen ist unantastbar.“

*Ist das Positionspapier der Liga Hessen aktuell zur Landtagswahl in Hessen formuliert worden, oder handelt es sich um eine Art Grundsatzprogramm?*

Unser Engagement konzentriert sich gegenwärtig auf zwei wesentliche Aspekte. Zum einen auf den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft und die Bekämpfung von Armut. Gleichzeitig müssen wir uns einsetzen für eine politische Kultur, die klar Position bezieht gegen Rassismus, Sexismus, Islamophobie, Antisemitismus oder Homophobie. Caritas, wie auch die anderen Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen, arbeiten dauerhaft für gleichberechtigte Teilhabe und Inklusion von allen Menschen, die in unserem Land leben. Die Forderungen an die künftige Landesregierung „Armut bekämpfen; Sozialen Zusammenhalt stärken“ gehen weit über den Landtagswahlkampf hinaus.

Gleichzeitig arbeiten wir im Diözesan-Caritasverband an einer Positionierung gegen Populismus und zunehmenden Rechtsextremismus und die damit verbundene gesellschaftliche Spaltung. Populismus ist nicht die Antwort auf komplexe Fragen, sondern



➤ Jürgen Hartmann-Lichter  
| Foto: privat

raubt Energie für die wesentlichen Aufgaben. Dies zeigt die unsachliche und teils nicht akzeptable Debatte um die Aufnahme von schutzsuchenden Flüchtlingen.

*Die Themen Menschenrechte, Armut und Bildung sollen auf Landes- und Kommunalebene eingebracht werden. Welche Auswirkungen erwarten Sie?*

Es ist wichtig, dass die Themen in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit ankommen müssen. Politik und Politiker selbst, wie auch die Wohlfahrtsverbände und alle Demokraten, müssen sich darüber im Klaren werden, dass mit dem Einzug des Populismus die Antworten auch außerhalb der Parlamente diskutiert werden müssen.

*Mit dem Aktionsprogramm „Wohnungslosigkeit überwinden“ setzen Sie sich für bezahlbaren Wohnraum ein. Wie besorgniserregend ist die Lage auf dem aktuellen Wohnungsmarkt?*

Wir sind in der Caritas der festen Überzeugung, dass Wohnen, wie Kleidung und Nahrung, zu den unverzichtbaren Grundbedürfnissen und Rechten des Menschen gehören. Eine Wohnung zu bewohnen – mit Zugang zu Energie und Wasser – gehört zum Existenzminimum eines jeden Menschen. Wohnungspolitik ist auch Sozialpolitik und bedarf der staatlichen Steuerung. Erforderlich ist, den Abbau von

Sozialwohnungen zu stoppen und neue Sozialwohnungen zu bauen. Öffentliche Grundstücke sollten nach Konzept vergeben werden. Bauträger, die langfristig gebundenen preiswerten Wohnraum schaffen, sind dabei zu bevorzugen. Ein abgestimmtes Vorgehen von Bund und Ländern ist hierfür wieder die Voraussetzung. Dies gilt auch für die Förderung von Quartiers- und Gemeinwesenarbeit. Die aktuelle Jahreskampagne der Caritas: Jeder Mensch braucht ein Zuhause, stellt sehr präzise die Problemlage und die Lösungsansätze dar. Gleichzeitig müssen wir in Kirche und Caritas über Gebäude und Flächen nachdenken, die sinnvoll für den Wohnungsmarkt zu erschließen sind.

*Gibt es regionale Unterschiede von Stadt und Land?*

Wie breit und verschieden die Aufgaben im Verhältnis zwischen Stadt und Land sind, verdeutlichen der Ärztemangel, verlassene Immobilien, Vereine mit Nachwuchssorgen oder der fehlende ÖPNV. Die Caritas hat in der Jahreskampagne 2015 „Stadt, Land, Zukunft“ gezeigt, wie erfolgreiche Projekte ländliche Regionen attraktiver machen können. In manchem sind diese Regionen aber auch schon weiter als die Städte. Um das Angebot in ländlichen Räumen attraktiv zu machen, fordern wir weitere infrastrukturelle Maßnahmen und den Erhalt des öffentlichen Nahverkehrs.

*Was muss die neue Landesregierung konkret in Angriff nehmen?*

Das Problem Wohnungsnot wird nicht allein durch die Landesregierung und in einer Legislaturperiode zufriedenstellend zu lösen sein. Dazu sind die Versäumnisse der Vergangenheit und die Aufgabe zu groß. Ich erwarte, dass in der Politik der kommenden Landesregierung klar zu erkennen ist, wie der Wohnungsbau – insbesondere für Gering- und Niedrigverdiener, Familien mit Kindern und Alleinerziehende – vorangebracht wird. Neben der Armutsbekämpfung und Wohnraumpolitik bedarf es unbedingt weiterer Anstrengungen in der Bildungspolitik und eine überfällige Gerechtigkeitsdebatte. Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander, und die Gerechtigkeitslücke wird größer. Dies zu ignorieren ist falsch. Papst Franziskus hat in Evangelii Gaudium 2013 festgestellt: „Es ist un-

glaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte in der Börse Schlagzeilen macht. Es ist nicht mehr zu tolerieren, dass Nahrungsmittel weggeworfen werden, während es Menschen gibt, die Hunger leiden. Das ist soziale Ungleichheit.“

*Es soll in Bildung investiert werden. Nennen Sie dazu Beispiele?*

Investiert werden muss in die Weiterentwicklung der Qualität frühkindlicher Betreuung in den Kindertageseinrichtungen, den Ausbau der Ganztagschulen sowie in die Förderung der schulischen und außerschulischen Bildung. Dazu kommt, dass wir den Menschen, die Deutsch nicht als Muttersprache sprechen, ein verbessertes Sprachförderangebot machen müssen. Junge Eltern und Familien brauchen mehr Beratung, Unterstützung und Entlastung, beispielsweise durch den Ausbau von Mehrgenerationenhäusern und der sehr erfolgreichen Frühen Hilfen. Immer mehr Eltern sind berufstätig und auf zwei Einkommen angewiesen. Die Kinder verbringen heute mehr Zeit in öffentlicher Betreuung. Es ist daher wesentlich, dass diese Betreuung hochwertig und qualifiziert ist.

*Glauben Sie, dass die Versprechen der Parteien nach der Wahl eingehalten werden?*

Die Wahlprognosen lassen den Schluss zu, dass es eine Koalition geben wird. Schon die Verhandlungen der Parteien erfordern Kompromissbereitschaft. Das heißt, auch Politik funktioniert nach dem Prinzip Geben und Nehmen – oder anders ausgedrückt, es bedarf eines Willens, eine Politik für die Menschen in Hessen zu gestalten. Ich bin mir sicher, dass die demokratischen Parteien ernsthaft dieses Ziel verfolgen. Ich würde mir manchmal dafür mehr Demut und Bescheidenheit wünschen. Aber das gilt auch für die Bürger.

*Der Mensch steht im Mittelpunkt?*

Wir können nicht hinnehmen, dass Menschen kein auskömmliches Einkommen haben, um sich mit dem Notwendigen zu versorgen. Es kann auch nicht sein, dass Bildung zum Luxus wird, weil das Geld für Schulmaterial oder der Zugang zum Internet fehlt. Ebenso ist es absolut nicht tolerierbar, dass Menschen angegriffen und gejagt werden, weil sie hier Schutz suchen. Der Mensch steht im Mittelpunkt, und für diese Selbstverständlichkeit müssen wir uns täglich neu einsetzen.

**Interview: Barbara Faustmann**

## MEINUNG

### Einmischen für Gerechtigkeit

Die Hessen wählen am 28. Oktober einen neuen Landtag. Die Wahlplakate versprechen viel, und in den Talkrunden wird munter diskutiert. Über die Programme der einzelnen Parteien, über den Rechtspopulismus, über Gerechtigkeit. Das Volk hat die Qual der Wahl. Nicht alles läuft rund. Da sind die steigenden Mietpreise, die vielen Menschen zu schaffen machen. Da ist die

Altersarmut, da ist der Pflegenotstand, der zwar irgendwie Beachtung findet, aber bislang noch nicht in Angriff genommen wurde. All das führt zu Unsicherheit bis hin zur Unzufriedenheit. Ein leichtes Spiel für rechtspopulistische Parteien. Sie fischen im Trüben und machen dort ihre Beute. Der Diözesancaritasverband und die Liga der Freien Wohlfahrtspflege mischen sich ein. Sie wollen eine vielfältige, offene und demokratische Gesellschaft. Der Mensch steht in dieser Ausrichtung im Mittelpunkt. Es geht den Verbänden

um soziale Gerechtigkeit und um die Würde des Menschen. Das ist richtig und gut so.



**Barbara Faustmann**  
Redakteurin

## ZUR PERSON

### Seine Aufgaben

Jürgen Hartmann-Lichter (61) ist Fachbereichsleiter Kinder, Jugend und Familie im Diözesan-Caritasverband in Limburg. Er ist zudem in der Liga Hessen Vorsitzender des „Arbeitskreises Kinder, Jugend, Frauen und Familien“, sowie in der Hessen-Caritas im Vorstand der Caritas-Landesarbeitsgemeinschaft Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. (fa)